

## **Richtigstellung „sogenannter Kulturschaffender“:**

Bemerkungen zum Artikel und Kommentar von Ewald Hetrodt  
in der FAZ vom Mi., 17. 12. 2014, S. 39 (Rhein-Main & Hessen)

Das ist unwürdig: Ein Korrespondent der FAZ, zuständig für die Berichterstattung aus der Landeshauptstadt, knöpft sich zielstrebig eine Bürgerbewegung vor, die in einer gesellschaftlichen Breite ihre demokratischen Rechte wahrnimmt, wie es das in Wiesbaden schon lange nicht mehr gegeben hat, um sie nach Strich und Faden zu diffamieren.

Wenn dabei etwas „mit Kultur wenig, dafür aber umso mehr mit Ideologie zu tun“ hat, dann der Versuch, eine Bewegung kleinzureden, der es nicht um die Verhinderung eines Stadtmuseums ging, wohl aber um die – nach vielen zurückgewiesenen Gesprächsangeboten – letzte Möglichkeit, die Stadt vor einem immensen finanziellen Schaden, einer empfindlichen vergaberechtlichen Niederlage und einer Austrocknung von Kulturfördermitteln zugunsten eines Immobiliengeschäfts zu bewahren.

Obwohl die Informationsfülle von Hetrodt über Ausmaß und intellektuelle Kompetenz der gesellschaftlichen Beteiligung an der PPP-Finanzierungskritik offensichtlich überschaubar ist, scheint er sich für berufen zu halten, darüber zu urteilen und den Stab zu brechen. Wir dürfen uns erlauben, hier korrigierend einzugreifen und einige Informationen beizusteuern:

Den Trägern und Organisatoren des Bürgerbegehrens, zusammengeschlossen in der Bürgerinitiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“, kann man bei klarem Verstand nur zweierlei bescheinigen: ein hochgradig entwickeltes bürgerschaftlich-demokratisches Bewusstsein und ein bewundernswertes Engagement, es aktiv umzusetzen. (Mit beidem sind einige der aktuell in Wiesbaden regierenden Parlamentarier leider nur spärlich ausgestattet.)

Die „sogenannten Kulturschaffenden“, aus Hetrodtscher Perspektive die Hauptaggressoren, denen er „hämische Kritik“, und zwar „richtig laut“, attestiert, sind im Wesentlichen der Arbeitskreis Stadtkultur, ein seit 2003 bestehender Zusammenschluss von mehr als 20 etablierten kulturellen Institutionen, Vereinen und Einrichtungen in Wiesbaden, darunter 10 Träger des Kulturpreises der Landeshauptstadt. (Ein Versuch, mit dem Arbeitskreis ins Gespräch zu kommen, der die Härte des Urteils vielleicht hätte mildern können, wurde von Hetrodt leider nicht unternommen.) Dazu kommen weitere freie Kulturträger und kulturell tätige Einzelpersonen, die ganz außer Verdacht stehen, den Verlust städtischer Pfründe zu befürchten, sowie das Museum Wiesbaden. Einzig beim Staatstheater scheint die Positionierung unter dem neuen Intendanten noch undeutlich.

Der Arbeitskreis Stadtkultur hat schon mehrfach Kürzungen bis hin zu drohenden Schließungen kultureller Einrichtungen zu verhindern geholfen und brisante kulturpolitische Entwicklungen thematisiert. Bereits vor Einleitung des Bürgerbegehrens hat der AK eine differenzierte Stellungnahme zur geplanten Finanzierung des Stadtmuseums und ihren Konsequenzen abgegeben und darin einen längst überfälligen Kulturentwicklungsplan für Wiesbaden gefordert. Eine Forderung, die zwischenzeitlich als Antrag Eingang in den parlamentarischen Prozess gefunden hat und auch seitens der IHK-Vollversammlung gegenüber der Stadt vertreten wird.

Aufgerufen, das Bürgerbegehren zu unterstützen, haben weiterhin ohne viel Federlesens mitgliederstarke Verbände wie die Wiesbadener Kreisverbände der GEW, des DGB und von ver.di, der Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt, der größte Teil der politischen Opposition, dazu der geschlossene Ortsbeirat Mitte mit allen SPD- und CDU-Mitgliedern sowie eine stetig wachsende Zahl von Mitgliedern der regierenden SPD-/CDU-Koalition – was auch Hetrodt als

intimem Kenner der Wiesbadener CDU nicht verborgen geblieben sein kann.

Schließlich unterzeichneten verschiedene prominente Personen des politisch-kulturellen Lebens oder äußerten öffentlich Kritik am PPP-Finanzierungsmodell und seinen verstrickten Modalitäten.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Hetrodt auch von der Dynamik eines Bürgerbegehrens wenig Kenntnis hat. Dass nach der Hälfte der Frist für ein Bürgerbegehren nicht auch die Hälfte der nötigen Unterschriften vorliegt, ist alles andere als ein Indikator dafür, dass es am Ende nicht gereicht hätte. Bereits am Erscheinungstag seines Artikels, in dem er dem Bürgerbegehren noch – vielleicht nicht ganz bar aller Häme – bei „nur 2200“ Unterschriften vollmundig prophezeit, „dass es gescheitert wäre“, lag das aktuelle Ergebnis bei 2900, einen Tag später bei 3100.

Bürgerbegehren, sofern sie – wie dieses offensichtlich – auf ein breites Echo in der Bevölkerung stoßen, weil sie die deutliche Gefahr eines vom Verlust an Bodenhaftung herbeigeführten, völligen Entrückens politischer Verantwortungsträger artikulieren, benötigen gut die Hälfte der durchaus knappen Zeit, um sich als gesellschaftlicher Diskurs auszubreiten und als Chance der Mitbestimmung wahrgenommen zu werden. In der letzten Phase steigt der Rücklauf an Stimmen daher in der Regel kräftig an.

Was man schließlich in seinen Zusammenhang stellen muss, ist ein vereinzelter emotionaler Ausbruch, der aus Hetrodts Feder als „symptomatische Entgleisung“ herausspritzt: Jede(r), die/der die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur, die dem kurzen glühweingestützten Auftritt unmittelbar vorausging, und das Gebaren der Koalitionsvertreter in diesem Ausschuss erlebt hat, wird die Empörung des Akteurs verstehen, denn dort wurde ihm und 20 weiteren Kulturschaffenden wider besseres Wissen und hart am Rande der Vortäuschung falscher Tatsachen blank ins Gesicht geheuchelt.

Zwei starke Eindrücke bleiben von den vergangenen Wochen kraftvoll zurück, von denen der zweite hoffentlich bald verblasst, dem ersten dagegen Bestand zu wünschen ist:

Selten hat Wiesbaden eine solch intensive, weit in die Bevölkerung reichende und anhaltende Debatte über die Themen Stadtmuseum, Kultur und Kulturförderung, Stadtraumgestaltung und nicht zuletzt Politikstil erlebt.

Und selten hat man in der FAZ einen Journalismus gefunden, der sich derart an der Grenze zur Demagogie bewegt, wenn er sie nicht bereits überschritten hat.